

Flensburgs Politiker für Hafenausstieg

Wichtige Entscheidungen könnten in den nächsten Tagen kommen – Wirtschaft warnt vor Folgen – „Nein“ aus Kiel

In diesen Tagen könnte sich das Schicksal Flensburgs als eine Stadt mit Hafen entscheiden.

Denn im Stadtrat gibt es derzeit offenkundig eine breite Mehrheit, im Kern getragen von den Abgeordneten der CDU, SPD, FDP und der Grünen, die sich dafür aussprechen, den Wirtschaftshafen am Ostufer der Förde in wenigen Jahren zu schließen. Konkret ist dabei derzeit vom 31. Dezember 2022 die Rede. Die dann frei werdenden Flächen sollten dann für städtebauliche Zwecke genutzt werden, was Kritiker dieser Pläne auf die Formel bringen: „Betongold versus Umschlagtonne“.

Im Stadtparlament Flensburgs, das über Jahrhunderte hinweg seinen Wohlstand über den Handel und den Hafen, später auch über verschiedene Industrieansiedlungen begründet hatte, regt sich gegen die Hafenseitigungsabsichten der großen Parteien jedoch Widerstand der kleineren politischen Parteien, namentlich des SSW, der WiF und der Gruppierung „Flensburg wählen“. Sie unterstützen dabei die Haltung der IHK zu Flensburg, aber auch verschiedener, vom und am Hafen lebender Unternehmen unterschiedlicher Branchen und Größen. Ein klares „Nein“ zu einer Aufgabe der Hafenaktivitäten am Ostufer kommt indes auch aus Kiel: Ausgerechnet der liberale Wirtschafts- und Verkehrsminis-



Foto: Arndt

Grün ist die Hoffnung: Die Befürworter eines aktiven Hafens in Flensburg geben den Kampf noch nicht auf

ter, Dr. Bernd Buchholz (FDP), spricht sich entschieden gegen die Einstellung der Hafenaktivitäten und Umwidmung der dank ihrer Lage gerade für Immobilien-Investoren äußerst lukrativen Flächen aus. Frei nach dem Motto: Was einmal als Hafenfläche aufgegeben wird, steht nie wieder dafür zur Verfügung.

Die Befürworter einer Neugestaltung des Flensburger Ostufers, die zugleich die Verlagerung der Resthafen-

Hafenflächen, die einmal weg sind, kommen nicht wieder

Dr. Bernd Buchholz
FDP-Wirtschaftsminister

Aktivitäten auf das Westufer vorschlagen, erhalten nach THB-Informationen dabei massive Unterstützung aus dem Lager der potenziellen Investoren. So fand beispielsweise Mitte Januar in Flensburg eine Großveranstaltung statt, auf der von den großartigen Projekten am Wasser geschwärmt wurde. Das Ganze zudem angereichert mit einem schillernden Zahlenwerk, in dem von den umfangreichen Investitionen die Rede war.

Außerhalb des Stadtparlamentes hat sich inzwischen eine Gruppierung aus der Wirtschaft gebildet, die unter anderem durch den Flensburger Kapitän und Lotsen Jens Boysen angeführt wird. Er und seine direkten Mitstreiter haben ihre klare Ablehnung in

einem mehrseitigen „offenen Brief“ an die Oberbürgermeisterin der Stadt, Simone Lange (SPD), ausführlich zusammengefasst. So halten es die Autoren des Briefes für absolut nicht nachvollziehbar, dass die Hafenseitigungsabsichten als „alternativlos“ dargestellt wird. Selbst bei einer Konzentration hafengebundener Aktivitäten auf die Westseite benötigten die Unternehmen dann eine klare „wirtschaftliche Perspektive mit Erweiterungsmöglichkeiten“. Schon jetzt sei jedoch absehbar, dass es zum Beispiel auch zu einer erhöhten, landseitigen Verkehrsmenge kommen werde, auch ausgelöst durch mehr Lkw. Das Ganze in einem Bereich, der auch durch Wohnbebauung mitgeprägt sei. ■ EHA

Kürzung anerkannt

BFH trifft Entscheidung zur Tonnagesteuer

Eine aktuelle Revisionsentscheidung des Bundesfinanzhofs (IV R 35/16) wirkt sich auf die Tonnagebesteuerung aus. Der BFH erkennt die Kürzung von 80 Prozent des Gewinns aus der Auflösung des Unterschiedsbetrags sowohl während der Tonnagebesteuerung als auch nach Rückoption zur Gewinnermittlung an, teilte die Kanzlei Baker Tilly jetzt mit. Mit dieser Entscheidung lasse

der BFH die Absetzung für Abnutzungen (AfA) auf den Teilwert nach Rückwechsel zu. Der Unterschiedsbetrag betrifft die als Kombimodelle aufgelegten Schiffsfonds, die in der Startphase mit hohen Verlustzuweisungen die Steuerlast drastisch senken konnten und anschließend zur Tonnagebesteuerung wechseln, die im Vergleich zur Besteuerung nach Gewinnen äußerst gering war. ■ fab

Zentrales Meldeportal

EU vereinheitlicht Meldeformalitäten von Seeschiffen

Die EU schafft ein zentrales Meldeportal für den Seeverkehr. Damit gelingt es der Union nach langer Zeit und vielen Mühen, mit dem Maritime-Single-Window-Umfeld ein System zu installieren, in das Schiffskapitäne alle Meldeformalitäten beim Anlaufen eines Hafens integrieren können. Entsprechende Bemühungen begannen vor zehn Jahren. Derzeit müssen Unternehmen jedes Mal,

wenn ein Schiff in einen Hafen einläuft, viele gesetzliche Meldeanforderungen erfüllen. Dabei sind sie auch gezwungen, für verschiedene Behörden in dem Land, das ihre Schiffe anlaufen, unterschiedliche Meldeanforderungen zu erfüllen. Schätzungen der Kommission zufolge fallen für entsprechende Meldeformalitäten addiert jährlich 4,6 Millionen Stunden an. ■ fab/bal